

# Wahlprüfsteine zum Haus der Statistik zur Abgeordnetenhauswahl am 18.9.2016

Die Wahlprüfsteine richten wir an die im Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV von Mitte vertretenen Parteien und Fraktionen. Wir bitten um Beantwortung bis zum 12.9.2016:

Am 15.9.2016 wird die Initiative Haus der Statistik und Ihre Partner eine Pressekonferenz und öffentliche Veranstaltung durchführen. Ihre Antworten werden wir bei dieser Gelegenheit veröffentlichen. Ziel der Pressekonferenz ist es, transparent zu machen welche politischen Mehrheiten es für unsere Projektidee gibt und wie es nach der Wahl weitergehen könnte.

## 1. Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

### Grundsätzlich:

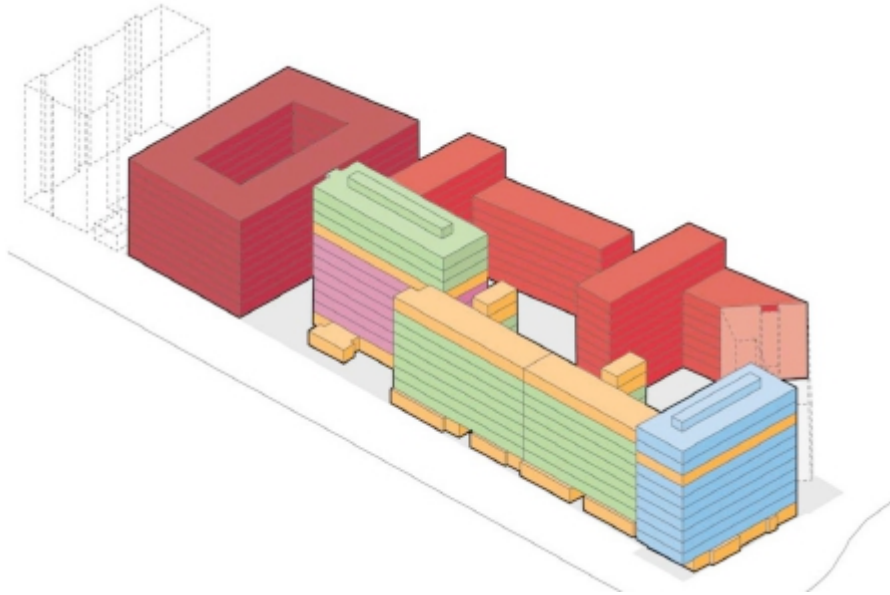
auf dem Areal Haus der Statistik mit 40.000 qm Nutzfläche im Bestand und ca. 50.000 qm Neubaupotential einen sozial vielfältigen Standort zu entwickeln, der das Konzept der Initiative, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Nutzungen berücksichtigt.

### FLÄCHENMODELL

11,5%	<b>KUNST UND PRODUKTION</b> Arbeitsräume für Kulturschaffende Haus A: 10.670 qm	31%	<b>ÖFFENTLICHE NUTZUNG</b> Neubau 29.135 qm
8%	<b>KULTUR UND BEGEGNUNG</b> Gemeinschafts- u. Veranstaltungsräume Haus A: 1.690 qm Haus B/C: 3.540 qm Haus D: 2.230 qm gesamt: 7.460 qm	24,5%	<b>LANDESEIGENE WOHNBAUGESELLSCHAFT</b> Neubau / Sozialer Wohnungsbau Haus 1: 11.125 qm Haus 2: 11.630 qm gesamt: 22.755 qm
16%	<b>INTEGRATIVES WOHNEN</b> Berliner, Geflüchtete, Studierende, Senioren u.a. Haus B/C: 12.390 qm Haus D: 3.350 qm gesamt: 15.740 qm		
9%	<b>BILDUNG</b> Bildungs- und Integrationsprojekte Haus D: 8.305 qm		

### Und insbesondere:

- Erhalt und zügige Umnutzung der bestehenden Gebäude
- Umbau der rund 40.000 qm Nutzfläche zu einem Zentrum für soziale und kulturelle Teilhabe mit integrativen Arbeits, Wohn- und Veranstaltungskonzepten
- Komplementäre Nutzung von Neubauf Flächen für sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben, z.B. Verwaltungsnutzung.



**2. Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV-Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Haus der Statistik?**

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 1 & 2.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auf Bezirk- und Landesebene von Beginn an die „Initiative Haus der Statistik“ unterstützt und tun das auch weiterhin.

So ist es der bündnisgrünen Initiative in der BVV-Mitte zu verdanken, dass fast alle Fraktionen (mit Ausnahme der CDU) dem Beschluss vom 17.12.2015 für die Entwicklung eines "Zentrum für Geflüchtete - Soziales - Kunst - Kreative" zugestimmt haben.

*In der Begründung zum Antrag heißt es: Die Entwicklung am und um den Alexanderplatz schreitet förmlich nach der Aktivierung des Gebietes durch künstlerische, kulturelle und soziale Nutzungen und Initiativen. Es ist dem Gebiet und den Randbereichen des sogenannten Kollhoff-Masterplans zu wünschen, dass dort auch alternative Formen der Immobiliennutzung und -entwicklung Raum finden. Dass sich ausbreitende Shopping- und Hochglanzquartier würde um ein Stück Berliner Lebenskultur bereichert. Der Alexanderplatz könnte zu einem Quartier der Vielfalt werden. Das Haus der Statistik könnte darüber hinaus ein Ort werden, der in der Flüchtlingspolitik einen Weg von der provisorischen Unterbringung in Notunterkünften hin zu integriertem Wohnen und Arbeiten in einem kreativen Umfeld aufzeigt. Beispielhafte Projekte für eine gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung sind im Bezirk Mitte u. a. ExRotaprint im Wedding und das Zentrum für Kunst und Urbanistik in Moabit, aber auch in anderen Bezirken z.B. der Moritzplatz mit Aufbauhaus und Prinzessinnengärten in Kreuzberg, denen gemeinsam ist, dass sie lebendige Orte künstlerischer, kultureller und sozialer Produktion und Begegnung sind. Sie schaffen nachhaltig Mehrwert für Nachbarschaften und sind durch Ihre vielfältigen und authentischen Angebote Anziehungspunkte für alle Berliner\*innen und Tourist\*innen. Die derzeit bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung laufende Überarbeitung des Masterplanes sollte das alternative Entwicklungskonzept zum Haus der Statistik aufgreifen, den Alexanderplatz und sein Umfeld neu denken, um hier ein lebenswertes und soziales Stück Stadt zu schaffen. Eine einseitige Konzentration auf stark renditeorientierte Immobilienentwicklung führt in eine monokulturelle und unattraktive Sackgasse, in Langeweile und Auswechselbarkeit. Innovative, lebendige und offene Produktionszentren für Kunst, Kultur und Soziales, aber auch Kleingewerbe sollten bei den Neuplanungen am Alexanderplatz (und anderswo) berücksichtigt werden.“*

Dieser BVV-Beschluss sollte ein großes Gewicht bei den weiteren Planungen haben, ist doch die Frage der erforderlichen Änderung des Bebauungsplanentwurfes 1-70 auf bezirklicher Ebene zu entscheiden. Es steht aber zu befürchten, dass auch in diesem Fall ein rot-schwarzer Senat das Verfahren an sich ziehen wird, wenn die Große Koalition am 18. September nicht endlich abgewählt wird.

**3. Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?**

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 3.**

Wir sehen derzeit keine Veranlassung, dass der Senat dem Bezirk das Bebauungsplanverfahren entzieht. Damit liegt dann auch die planerische Zuständigkeit und Diskussion über die Entwicklung des Areals grundsätzlich weiterhin in bezirklicher Hoheit. Da es sich unstrittig um ein besonderes und wegweisendes Konzept für Berlin handelt, sollte dabei eine enge Abstimmung mit dem Senat und dem Abgeordnetenhaus erfolgen.

**4. Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?**

Insbesondere:

- a. Könnte man den Vertrag entsprechend ausgestalten?
- b. Könnten auf Neubauf Flächen, die schon jetzt im Landeseigentum sind, Bausteine des Konzeptes umgesetzt werden?
- c. Halten Sie es für sinnvoll, die Initiative Haus der Statistik an dem Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen?

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 4 a & b.**

Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Konzeptes ist der Ankauf des Grundstücks durch das Land Berlin, und zwar unter Bedingungen, die die Umsetzung des Projektes ermöglichen. Hierzu ist mindestens eine andere Landesregierung nach den Wahlen vom 18. September nötig.

Als Nächstes sind weitere Verhandlung mit der bundeseigenen Immobiliengesellschaft BlmA erforderlich. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich bereits seit Jahren für die Änderung der Bundeshaushaltsordnung ein, die der BlmA beim Verkauf bundeseigener Liegenschaften bislang ein Höchstpreisverfahren vorschreibt.

Stadtplanerische Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes ist die Änderung des bisherigen Bebauungsplanentwurfes 1-70. Hier hätte das SPD-geführte Bezirksamt schon längst Aktivitäten entfalten können (Aufstellungsbeschluss neuer Bebauungsplan), hat sich jedoch bisher – trotz Aufforderung der BVV Mitte im o.g. Beschluss – eher durch Untätigkeit ausgezeichnet. Die avisierte zeitliche Verfahrensdauer von zwei bis drei Jahren nach B-Planaufstellungsbeschluss (siehe Anlage: Antwort Bezirksamt Mitte zur Mündlichen Anfrage 2711/IV aus der BVV vom 21.04.2016) muss unbedingt beschleunigt werden.

Sollten diese Voraussetzungen zu Gunsten des Projektes erfüllt sein, so ist es aus unserer Sicht nicht erforderlich, einzelne Konzeptbausteine herauszulösen. Ziel muss die schnellstmögliche Gesamtumsetzung des Konzeptes sein.

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 4 c.**

Wir halten es nicht nur für sinnvoll, sondern für zwingend erforderlich, die Initiative Haus der Statistik am Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen.